

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Berichten nehmen die Ausstellung und für Ausstellung der Postanstalten auf. — Erfolgt wertvoll.

Berichtswerte die Bekanntmachung postamt für Versand und Rundschau 20 Pfennig, ausnahmsweise 20 Pfennig, ausnahmsweise 20 Pfennig, ausnahmsweise 20 Pfennig, ausnahmsweise 20 Pfennig.

Beschreibung Amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postach-Rundschau Aue Leipzig Nr. 1930

Nr. 128

Freitag, den 5. Juni 1931

26. Jahrgang

Die Notverordnung fertig

Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett, das nach einer kurzen Mittagspause auch den Nachmittag über getagt hat, seine Beratungen über die Notverordnung nunmehr zum Abschluß gebracht. Um 17.30 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichskanzler zum Vortrag über die Notverordnung. Die Veröffentlichung ist jedoch, wie bereits gemeldet, nicht vor Ende der Woche zu erwarten.

Ein geschlossenes Programm zur Etatsanierung? — Keine gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche

Berlin, 3. Juni. Nachdem die Notverordnung nunmehr vom Kabinett fertiggestellt ist und der Reichskanzler seine Unterschrift gegeben hat, liegt die letzte Entscheidung jetzt beim Reichspräsidenten. An amtlichen Stellen wird unter Hinweis darauf, daß man dieser Entscheidung nicht vorgezoßen kann, über den Inhalt der Notverordnung naturgemäß strengstes Stillschweigen bewahrt. Ob die Veröffentlichung am Sonnabend oder erst am Montag erfolgen wird, steht noch nicht fest, da die technische Herstellung bei der Schwierigkeit und der Bedeutung der behandelten Materien größte Sorgfalt erfordert. Im ganzen stellt die Notverordnung ein geschlossenes Programm mit dem Zweck der Etatsanierung dar. Auch im Kreise des Reichskabinetts ist man sich darüber klar, daß die politische Situation bei dieser Verordnung schwieriger ist als bei der vom vorigen Dezember. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß jetzt nicht wie damals nur einige wenige Bevölkerungsschichten betroffen werden, sondern daß die fast diesmal Maßnahmen erfordern, die das ganze deutsche Volk belasten und selbst den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Kleinern Oster auferlegen. Die Reichsregierung wird die Notwendigkeit dieser Maßnahmen in der Kundgebung begründen, die gleichzeitig mit der Notverordnung veröffentlicht werden wird. Es handelt sich dabei übrigens nicht, wie in der Presse vermutet wurde, um einen Aufruf des Reichspräsidenten, sondern um eine Erklärung des Reichskabinetts. Sie besteht aus zwei Teilen, wovon der erste die erwähnte Darstellung der gegenwärtigen Situation umfaßt, während der zweite Teil einen Überblick über den Inhalt der Notverordnung gibt. Im ganzen besteht die Notverordnung, wie bereits früher gemeldet, aus etwa zwei Dutzend Gesetzen, die technisch zum Teil allerdings recht kurz sind, sodass der Umfang der Verordnung doch nicht ganz so groß ist wie der der Dezember-Verordnung. Es ist übrigens anzunehmen, daß die 40-Stunden-Arbeitswoche mit dieser Verordnung nicht gelenkt festgelegt wird. Hierüber ist heute noch ausführlich beraten worden. Das Kabinett hat die Festlegung aber offenbar aus einer Reihe von Gründen im Augenblick nicht für opportun gehalten.

Die Stellung der „Krisensteuer“

Die Steuererhöhungen sollen rund 700 Millionen erbringen. Hierdurch entfallen auf die Erbschaftssteuer etwa 110 Millionen, Mineralölzölle etwa 75 Millionen, Tabaksteuer etwa 13 Millionen. Der größte Betrag soll die neu eingeführte Krisensteuer mit 440 Millionen erbringen. Sie soll nach zwei verschiedenen Steuertarifien erhöhen werden, und zwar

a) als Krisenlohnsteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern (ohne Beamte) und b) als Krisensteuer der Veranlagten und den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.

Die Krisenlohnsteuer beträgt bei Monatsgehalts- bis 300 RM 1 v. H., bei Monatsgehalts- bis 700 RM 1,5 v. H., bei Monatsgehalts- bis 1500 RM 2 v. H., bei Monatsgehalts- bis 3000 RM 4,5 v. H., bei Monatsgehalts- über 3000 RM 5 v. H. Die Krisensteuer der Veranlagten soll betragen bis 8000 RM Jahreseinkommen 1 v. H., bis 20000 RM 1,5 v. H., bis 100000 RM 2 v. H., bis 250000 RM 2,5 v. H., bis 500000 RM 3 v. H., bis 1 Million 3,5 v. H., über 1 Million 4 v. H.

Die Sanierung der Sozialversicherung

Die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung sehen keine Beitragserhöhungen vor. Man will vielmehr die Sanierung durch innere Reformen erzielen, die Einsparungen im Betrag von etwa 300 Millionen RM ergeben. So sind u. a. vorgesehen eine Verlängerung der Wartezeit, besondere Maßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter u. a. m. Sämtliche Leistungen aus der Versicherung werden um 5 v. H. gekürzt. Die Trennung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge

bleibt vor der Hand bestehen. Allem Anschein nach soll bei der Krisenfürsorge jedoch in Zukunft der Sozialfürstigkeitsnachweis erbracht werden, da eine Krisenarmut ein großer Prozentsatz fürsorgeberechtigter keinen Antrag auf Unterstützung stellt, sondern die Unterstützungen der Klienten abwartet. In den übrigen Sozialversicherungen werden Reformen nur in geringem Umfang erfolgen. Bei der Unfallversicherung sollen die kleineren Renten in stärkerem Umfang gänzlich verschwinden.

Letzte Aussprache vor Chequers

Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, hat heute abend kurz vor der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsausßenministers nach England noch eine Ministerbesprechung stattgefunden, in der die Zusammenkunft mit den englischen Staatsmännern nochmals erörtert wurde. Jemandwelche Beschlüsse waren ganz naturgemäß von dieser Besprechung nicht zu erwarten. Sie beschränkte sich vielmehr auf eine leichte allgemeine Aussprache.

Abreise Brünings und Curtius' nach London

Berlin, 3. Juni. Reichskanzler Brüning und Reichsausßenminister Dr. Curtius sind heute abend 11.32 Uhr mit dem fahrradähnlichen Hamburger Zug nach London abgereist. Zur Verabschiedung war auf dem Bahnhof eine Reihe prominenter Persönlichkeiten erschienen, so der englische Botschafter Sir Rumbold mit dem Stab der Botschaft, Reichsminister Trebitschan, der Staatssekretär der Auswärtigen Amtes und Staatssekretär Weizmann, der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung und zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse.

Aussetzung der Tributzahlungen und wehrpolitische Gleichberechtigung — Forderungen des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände

Dresden, 3. Juni. Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung der Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände wurden

Zwei Entschließungen

einstimmig angenommen, die telegraphisch an den Reichskanzler übermittelt wurden. Die erste lautet:

„Unbeschadet der grundlegenden Stellungnahme zur Tributlastenpolitik und der verschiedenen Beurteilung des Youngplanes stellt die Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände fest, daß die im Youngplan selbst ausgeprochenen wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht eingetreten sind. Deutschland erzielt keinen Wirtschaftsüberschuss. Sein derzeitiger Export ist ein Hungerexport, der nur durch Substanzerlust zustande kommt und keinen Gewinn bringt, wie der dauernde Verfall der Wirtschaft zeigt. In den Kongressen ist nichts getan, um die übernommenen Verpflichtungen zur Erweiterung der Weltmärkte durchzuführen. Eine Fortsetzung der Tributzahlungen aus neuen Unleihen verschlim-

mert nur die Lage und muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Bei dieser Schläge muß Deutschland im Interesse seiner immer mehr ins Elend geratenden gekommen, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, wie auch im Interesse seiner privaten Gültigkeit die Zahlungen solange ausstehen, bis dem Lebensecht Deutschlands Ehre gelebt hat.

In einer zweiten Resolution wird für Deutschland die völlige wehrpolitische Gleichberechtigung gefordert. Über ein Wiederaufbauvertrag, der diesem Gedanken entspreche, sei für das deutsche Volk annehmbar. Da der Konventionsentwurf dieser Forderung nicht gerecht werde, ja sogar die freiwillige Annahme Deutschlands als Staat und Volk minderen Rechten in sich schließe, sei er keine geeignete Grundlage für die Abschlusshandlungen.

Wir fordern von der Reichsregierung, so führt die Entschließung fort, daß sie sich durch nichts, weder durch Drohungen noch durch Belästigungen von unserem Reichsstandpunkt abbringen läßt. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, den Zustand eines ständigen Überdrangs, der Deutschlands Sicherheit gefährdet und seine Ehre verletzt, länger zu ertragen. Sollten die Verhandlungen auf deiner Basis scheitern, verlangt Deutschland seine Handlungsfreiheit zurück.

Diskussion mit Dr. Schacht

Während der etwa anderthalbstündigen Rede Dr. Schachts, über die wir schon gestern berichten konnten und die von den zahlreichen Zuhörern mit größter Aufmerksamkeit und am Schluß mit starker Beifall aufgenommen wurde, fanden einige Stellen die besonders Zustimmung der Versammlung. So der Sach: „Wer die deutsch-österreichische Sozialunion bekämpft, ohne etwas für Deutschland Gleichwertiges an ihre Stelle zu lehen, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er den Youngplan sabotiere“, weiter die wenig bekannte Zeileinterpretation, die Oberst Houfe in einem Späteren Gespräch vom Oktober 1918 dem Rundfunk des Wilsonschen Programms über die deutschen Bevölkerungen in den Kolonien gegeben hat, wonach es zu den berechtigten Ansprüchen Deutschlands gehört, Zugang zu den Rohstoffen der Tropen und Siedlungsgebiet für seinen Bevölkerungsüberschuss zu erhalten.

Im Anschluß an die Rede Dr. Schachts entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Es wurden von einer Reihe von Rednern, darunter insbesondere von Professor Raab-Therondt, konkrete Anträge an Dr. Schacht gerichtet, auf die dieser in seinem Schlusssprache näher einging. Streitig bleibt dann nach der Frage einer Ausweitung der Goldmarktausgleichs, die in den Youngplan mit Rücksicht darauf nicht aufgenommen worden sei, da sie sich wahrscheinlich auf die Dauer gegen Deutschland ausgewirkt haben würde. Gegenüber Meinungen und Stimmen, wenn gelänge, am besten zu einer Gleichsetzung der Währung für Deutschland durch Nichterfüllung des Vertrages, erklärte Dr. Schacht mit einem Nachdruck, daß er im Gegenteil durch die deutsche Erfüllung des Vertrages dessen Richtig-



Hierauf sind die Augen der Welt gerichtet

Schloß Chequers, wo Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsausßenminister Dr. Curtius Gäste der englischen Regierung sein werden

